

K1NEU Think global, act local! Unser Kommunalverständnis 2020

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 12.11.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

Antragstext

1 Bereit, Entscheidungen zu treffen!

2 Was für Zeiten, in denen wir leben und aufwachsen: Klimakrise, soziale
3 Ungerechtigkeit und Artensterben und und und.

4 Nicht nur einmal haben wir in der vergangenen Zeit gehört, dass wir die letzte
5 Generation sind, die noch tatsächlich etwas ändern kann. Wir sind uns dieser
6 Verantwortung bewusst und ducken uns nicht weg!

7 Diese großen Herausforderungen lösen sich eben nicht von alleine und lassen sich
8 nicht nur durch politisches Handeln auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene
9 lösen.

10 Wer die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen möchte, muss große
11 Entscheidungen treffen. Ob in Europa, Bund, Land oder Kommune.

12 Große Entscheidungen haben immer Konsequenzen im Kleinen.

13 Wie sich die Herausforderungen im Konkreten darstellen, ist unterschiedlich. So
14 unterscheiden sich die Herausforderungen möglicherweise auch zwischen Stadt und
15 Land.

16 Ob in Münster oder Monschau gilt es jetzt anzufangen und die Missstände zu
17 bekämpfen.

18 Andersrum erscheint es so, als ob nicht jede kommunale Frage eine globale
19 Relevanz hat. Auf den ersten Blick ist dies richtig. Wir als Grüne Jugend sehen
20 aber nicht nur den globalen Kontext, sondern wollen auch besonders auf die
21 Menschen in Stadt und Land eingehen. Für uns haben kommunale Entscheidungen
22 höchste Relevanz, wenn es darum geht, lokale Herausforderungen aus Sicht der
23 Menschen zu überwinden.

24 Wenn es für die kleine Frieda keinen Kita Platz gibt, ändert das zwar nichts an
25 den großen Problemen unserer Zeit, wie dem Abbrennen und Roden des Amazonas; es
26 wäre aber anmaßend diese Krisen im Lokalen klein zu reden oder gar zu
27 ignorieren.

28 Aufgrund dessen wollen wir als GRÜNE JUGEND NRW Entscheidungen treffen. Für die
29 Menschen in Stadt und Land aber auch für eine globale Veränderung. Die
30 Kommunalwahlen 2020 stehen in den Startlöchern und wir sind bereit Verantwortung
31 zu übernehmen!

32 **Damit die Betreuung nicht der Fernseher übernehmen muss.**

33 Häufig scheint es so, als ob sich der Stadtrat primär mit Städteplanung und
34 Straßenbau intensivst auseinandersetzt, während elementare Themen wie der Kita-
35 Ausbau oder die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern in die Ausschüsse
36 geschoben und nur durchgewunken werden. Dabei hängt von dieser Versorgung so
37 viel ab: Es geht darum, ob die Erziehungsberechtigten arbeiten gehen können, ob
38 die Kinder Kontakt zu Gleichaltrigen haben und darum sie in ihrer Entwicklung
39 bestmöglich zu fördern. In Nordrhein-Westfalen waren zum Stand vom 1. März 2019
40 147.171 Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung. Dies
41 entspricht jedoch nur einer Versorgungsquote von rund 28 Prozent.

42 Die Versorgungssituation, insbesondere von Kindern unter 3 Jahren ist damit noch
43 nichtmal zur Hälfte abgedeckt.

44 Es geht aber um noch mehr, als um die Frage, ob ausreichend Betreuungsplätze
45 vorhanden sind. Es geht auch darum, mit welchen pädagogischen Konzepten die
46 Einrichtungen arbeiten und welche Träger diese unterhalten. Nicht selten besteht
47 die Trägerschaft in den Kommunen zum größten Teil aus kirchlichen
48 Trägerschaften. Aus unserer Sicht braucht es ein vielfältiges Angebot von
49 kirchlichen bis freien Trägern, die unterschiedliche Konzepte anbieten.
50 Erziehungsberechtigte und Kinder sollen zwischen unterschiedlichen Konzepten und
51 Trägern wählen können und nicht via Zufallsprinzip dem einzigen Möglichen
52 Betreuungsplatz zugewiesen werden. Besonders wichtig ist es uns, unabhängig von
53 der Trägerschaft, dass die Betreuungsangebote auf eine geschlechtersensible
54 Erziehung achten und den Kindern, insbesondere in der frühkindlichen Bildung die
55 Diversität deutlich machen und Kinder in keine heteronormativen Ansichten
56 zwingen. Bei der Betreuung sollten die Bedürfnisse von Kindern aus nicht
57 deutschsprachigen Haushalten besonders berücksichtigt werden.

58 Im Bereich der Nachmittagsbetreuung sieht der Ganztags-Erlass des Landes vor,
59 dass Schulen eine Betreuungsmöglichkeit bis mindestens 15 Uhr sicherstellen
60 müssen, sofern sie denn einen Ganztags anbieten. Viele Kinder bekommen allerdings
61 keinen Ganztagsplatz, wodurch auch hier massive Betreuungslücken entstehen.
62 Andererseits gibt es in vielen Kommunen sehr starre Betreuungssysteme, die eine

63 flexible Nachmittagsgestaltung für Familien kaum möglich macht.
64 Freizeitangebote, weitere außerschulische Aktivitäten oder der Familienbesuch
65 bei der Oma sind somit an feste Zeiten teils im späten Nachmittag gebunden.

66 Inhaltlich sind die Ganztagsangebot unterschiedlich aufgebaut. Wenn Kinder über
67 den Mittag hinweg in der Schule bleiben, brauchen sie mindestens eine
68 angemessene Hausaufgabenbetreuung und ein gesundes Mittagessen. Die
69 Hausaufgabenbetreuung übernehmen häufig die Ganztags-Betreuungspersonen. Wenn
70 möglich haben diese eine pädagogische Qualifikation oder Schulung, jedoch heißt
71 das nicht, dass alle Mitarbeitenden auch dazu in der Lage sind, Schüler*innen in
72 ihren Lernprozessen zu begleiten.

73 Neben der Hausaufgabenbetreuung gilt es aber vorallem den Schüler*innen
74 vielfältige Freizeitangebote zu machen und sie beispielsweise auch in das
75 Mittagessen einzubeziehen. Das Mittagessen sollte mit regionalen und saisonalen
76 und, wenn möglich auch biologisch guten, Lebensmitteln hergestellt werden. Einen
77 Beitrag kann dazu ein Schulgarten in Form von Gemüse- und Obstanbau bieten.
78 Durch den Gartenanbau als Beitrag zur Selbstversorgung und auch durch selbst
79 durchgeführte Kochprojekte, wird den Schüler*innen nicht nur spielerisch eine
80 gesunde und ausgewogene Ernährung beigebracht, sondern auch eine
81 Freizeitaktivität angeboten.

82 Dies ist nicht nur im Kontext der schulischen Nachmittagsbetreuung denkbar,
83 sondern auch bereits in der frühkindlichen Bildung möglich.

84
85 Wir sehen die Kinderbetreuung als Teil der Grundversorgung an und setzen uns
86 daher für ein langfristig kostenloses Angebot ein. Kurzfristig gilt es besonders
87 die Haushalte mit geringerem Einkommen zu entlasten.

88 Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir für die Betreuung von klein auf:

- 89 • Eine Bedarfsdeckung in den Kommunen von 110 Prozent
- 90 • Eine ausgewogene Trägerlandschaft von freien, städtischen und kirchlichen
91 Organisationen
- 92 • Bevorzugung von Trägern, die geschlechtersensible Konzepte anbieten
- 93 • Kindern die Möglichkeit geben in der Natur zu spielen und zu lernen,
94 wöchentliche Wald- und Wanderausflüge für Kitas und Kindergärten
95 verpflichtend machen
- 96 • Kauf von freien Flächen für Kitas

- 97 • Kurze Wege für kleine Füße, Bau von Kitas und Nachmittagsbetreuungen
98 zentral an Wohnorten oder großen Arbeitgebern der jeweiligen Kommune
99 planen

- 100 • Einbeziehung der kommunalen Sport und Kulturangebote für Kinder in die
101 Nachmittagsbetreuung von Schüler*innen

- 102 • Ausbau von Betreuungsräumen an Schulen

- 103 • Schulung und Qualifikation für Hausaufgabenbetreuung

- 104 • Flexible Betreuungszeiten im Nachmittagsbereich für Grundschüler*innen

- 105 • Verwendung von saisonalen und regionalen Bioprodukten für die
106 Essensverpflegung

107 **Kinder- und Jugendliche in der Kommune ernst nehmen!**

108 Als GRÜNE JUGEND NRW nehmen wir Kinder und Jugendliche in den Kommunen ernst.
109 Wenn Entscheidungen für Kinder und Jugendliche getroffen werden, so geschieht
110 dies allerdings in den allermeisten Kommunen über die Köpfe des betroffenen
111 Personenkreises hinweg.

112 Unsere Gesellschaft besteht aus vielen Menschen. Die Mitgestaltung des Wohn- und
113 Lebensumfeldes gibt die Möglichkeit, Prozesse besser zu verstehen. Gerade für
114 Kinder und Jugendliche ist es oft nicht möglich an Entscheidungen teilzuhaben,
115 da ihre Meinung oft als störend und unqualifiziert gilt. Daher ist es wichtig
116 Kinder und Jugendliche durch partizipative Projekte in politische Entscheidungen
117 einzubinden.

118 Das Potenzial kreative Lösungen zu finden, bringen junge Menschen von Natur aus
119 mit. Lasst es uns nicht verkümmern und ausbremsen!

120 Wir brauchen partizipative Kinder und Jugendarbeit in den Kommunen. Eine bunte
121 und vielfältige Umgebung bekommen wir nur, wenn wir alle mitnehmen. Warum sollen
122 nicht die Kinder im Kindergarten mitentscheiden, wo das neue Klettergerüst im
123 Außenbereich gebaut wird oder die Matschgrube entsteht. Wieso entscheiden
124 Jugendliche nicht selber, welche Anforderungen und Aufgaben die zukünftige
125 Jugendfreizeitstätte erfüllen muss.

126 Mit dem aktiven Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren hat der Landesgesetzgeber
127 jüngeren Menschen sein politisches Vertrauen abgesprochen, sich mit der Politik
128 vor Ort verantwortungsbewusst auseinandersetzen zu können. Als GRÜNE JUGEND NRW

129 fordern wir die Absenkung des aktiven Wahlalters kommunal auf 14 Jahre. Die
130 Möglichkeiten zur Absenkung des passiven Wahlalters soll geprüft werden.

131 In der Schule gibt es lehrplanbedingt leider nur wenig Raum für eine angemessene
132 Auseinandersetzung mit Politik.

133 Umso mehr hängt die politische Bildung von Engagementmöglichkeiten abseits des
134 Unterrichts ab. In Zeiten von Fridays for Future wird deutlich, das politisches
135 Potential sowie Engagement in unserer Generation vorhanden ist. Um dieses
136 Engagement zielstrebig zu fördern und der Jugend einen Raum in enger
137 Zusammenarbeit mit den kommunalen Parlamenten zu bieten, sollten Kinder- und
138 Jugendparlamente, welche sich aus Vertreter*innen der örtlichen Schulen,
139 Berufskollegen und Jugendeinrichtungen zusammensetzen, sowie aus Vertreter*Innen
140 der politischen Jugendorganisationen, in die politische Landschaft der Kommunen
141 umgesetzt werden. Wir wollen den Kommunen dabei bewusst eine eigene
142 Ausgestaltungsmöglichkeit des Wahlverfahrens geben. Dabei sollen nicht die
143 Erwachsenen der jeweiligen Organisation für die Kinder und Jugendlichen
144 sprechen, sondern die Kinder und Jugendlichen bilden das Kinder- und
145 Jugendparlament selbst.

146 Ein solches Parlament darf aber nicht in der Symbolpolitik enden, indem es
147 lediglich über sie selbst betreffende Entscheidungen berät. Das Kinder- und
148 Jugendparlament soll über eigene Anträge abstimmen können und durch ein eigenes
149 Budget handlungsfähig sein.

150 Wir fordern:

- 151 • Die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 auf kommunaler Ebene
- 152 • Eine echte Einbindung von Kinder und Jugendlichen in den Kommunen. Wir
153 wollen bis 2024 einen Kinder- und Jugendrat in jedem Landkreis und jeder
154 kreisfreien Stadt.
- 155 • Eine Zusammensetzung des Parlaments, welches die diversen Blickwinkel und
156 Organisationen einer Kommune abbildet
- 157 • Ein eigenes Budget für Maßnahmen und Veranstaltungen im Sinne der Kinder-
158 und Jugendlichen

159 **Schule ist nur Ländersache? Von wegen!**

160 Wie oft hört man von kommunalen Entscheidungsträger*innen, dass es viele
161 Misstände in den Schulen gäbe, sie selbst aber leider daran nichts ändern
162 können. Dabei ist das vollkommener Quatsch! Eine Kommune hat in vielerlei

163 Hinsicht Einfluss darauf, in welcher Lernumgebung die Schüler*innen lernen und
164 aufwachsen und mit welchen Materialien und Hilfen. Unabhängig vom Stärkungspaket
165 Schule 2020, ist es in kommunaler Verantwortung dafür sorgen, dass ausreichend
166 Geld vorhanden ist, damit die räumliche Situation und Ausstattung in den Schulen
167 auf einem guten Standard ist.

168 Die Realität sieht jedoch bitter aus: Zu wenig Sanitäreinrichtungen, teils völlig
169 veraltet und nicht barrierearm, Klassenzimmer ursprünglich für 20 Schüler*innen
170 gebaut, heute mit rund 30 Menschen besetzt. Die Mängelliste ist endlos.

171 Aber auch die Situation der Lehrmittel ist gravierend. Kommunen dürfen sich
172 nicht wegduckern, wenn sie von der Digitalisierung hören. Diese wird nicht
173 kommen, sie ist bereits omnipräsent. Umso wichtiger, dass Schulen in diesem
174 Bereich handlungsfähig werden und Schüler*innen in Kompetenzen befähigen. Dabei
175 endet der Weg hin zu einer digitalen Schule nicht dabei, den Vertretungsplan
176 zukünftig auf einem Bildschirm anzuzeigen. Nicht zuletzt braucht es ausreichend
177 Hilfsmittel und Hilfen, damit Schüler*innen bestmöglich lernen und Erfahrungen
178 machen können. Dies kann in Form von digitalen Lehrmitteln geschehen oder eben
179 auch durch verstärktes Personal. Im inklusiven Setting sind alle Menschen vor
180 Herausforderungen gestellt. Schüler*innen wachsen in höchst individuellen
181 Lebensverhältnissen auf, die im Kontext Schule aufeinandertreffen. Aber auch
182 schon individuell betrachtet, muss der Zugang zu Unterstützung vorhanden sein.
183 Eine Möglichkeit bietet sich hier durch die Schulsozialarbeit. Eine Kommune
184 entscheidet letztlich darüber, ob und wieviele Stellen sie dafür einrichten
185 wollen und bereit sind zu zahlen. Wir sehen jedoch auch das Land in der Pflicht,
186 finanziell stark belastete Städte und Gemeinden bei der Finanzierung der Stellen
187 zu unterstützen. Weitergehend brauchen einige Schüler*innen intensivere
188 Betreuung und Begleitung durch den Schulalltag. Hierfür gibt es die Möglichkeit
189 eine 1:1-Betreuungssituation für den Schulkontext zu beantragen. Wenn die
190 Bewilligung erfolgt, heißt dies jedoch noch lange nicht, dass die Unterstützung
191 auch bezahlt wird. Viele Kommunen verweisen hier auf den LVR oder den LWL,
192 jedoch übernehmen die Landschaftsverbände nicht in allen Fällen die Kosten.
193 Kommunen dürfen sich ihrer Verantwortung in der Schule nicht entziehen!

194 Das Stärkungspaket Schule 2020 wurde als Unterstützung für die Digitalisierung
195 und den Schulausbau geschaffen. Kommunen sollten damit die Möglichkeit bekommen,
196 trotz wenig verfügbaren Ressourcen, Misstände zu verändern und Schulen zu
197 stärken. Das Stärkungspaket darf dabei aber nicht so genutzt werden, dass es
198 anstelle des vorher eingeplanten Geldes nun den Schuletat einer

199 Kommune gänzlich abbildet. Es darf nicht dazu kommen, dass Kommunen durch eine
200 finanzielle Verschiebepolitik letztlich durch das Stärkungspaket den
201 Straßenausbau besser finanzieren können.

202 Für die Schulen in den Kommunen fordern wir:

- 203 • Schulung der Digitalkompetenzen des Lehrpersonals sollte vor der
204 Anschaffung neuer digitaler Medien priorisiert werden

- 205 • Personelle und materielle Ressourcen ausbauen, um digitale Kompetenz
206 bereits in der Grundschule zu vermitteln und moderne Lehre zu fördern.

- 207 • Ausbau und Sanierung von Schulgebäuden

- 208 • Priorisierung der Sanierungen für Schulen, die auf Container ausweichen
209 müssen

- 210 • Beibehaltung des eingeplanten kommunalen Schuletats ohne Verschiebung
211 durch Schule 2020

212 **Die Zeit läuft- für die Menschen!**

213 Wir als GRÜNE JUGEND NRW treten für eine soziale und familienfreundliche Politik
214 ein. Viele Familien stehen im Allgag vor der Hürde Arbeit und Familie unter
215 einen Hut zu bringen: Oft öffnet die KITA erst um 8 Uhr aber der Arbeitstag
216 beginnt schon um halb 8, wenn ein wichtiges Meeting ansteht, kann man es sich
217 nicht erlauben eine halbe Stunde später zu kommen. Das Kind kann aber auch nicht
218 alleine in die KITA gehen. Es braucht KITA-Öffnungszeiten, welche sich nach den
219 Arbeitszeiten der Eltern richten!

220 Auch stellt sich die Frage, ob die örtliche Müllabholung genau dann stattfinden
221 muss, wenn hunderte Kinder morgens im Bus zur Schule sitzen und aufgrund der
222 Verkehrssituation dann zu spät erscheinen. In einer Kommune arbeiten viele
223 unterschiedliche Akteur*innen und Organisationen, die unterschiedlichste
224 Aufgaben und Interessen vertreten. Anstatt aneinander vorbei zu arbeiten, wäre
225 es sinnvoll die unterschiedlichen Vertreter*innen an einen Tisch zu bringen und
226 über die Zeitökonomie der Kommune zu diskutieren, Absprachen zu treffen und sich
227 zu koordinieren.

228 Sonntags ist Ruhetag und die Pläne für den nächsten Familien-Trip stehen auch
229 schon fest. Wie ärgerlich, dass das kommunale Parlament dann aber beschließt,
230 genau diesen Sonntag als verkaufsoffenen Sonntag auszuscheiden, weil ein großes
231 Event an diesem Wochenende in der Stadt ansteht. In so einer Situation waren
232 dieses Jahr millionende Menschen, welche an einem Sonn- und Feiertagen arbeiten
233 mussten.

234 Wir finden Sonn- und Feiertage müssen Ruhetage sein.

235 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb:

- 236 • Eine familienfreundliche Zeitpolitik in der Kommune
- 237 • Flexible Öffnungszeiten der KiTas
- 238 • Verbot einer Arbeitspflicht für verkaufsoffener Sonn- und Feiertage
- 239 • kommunale Zeitbüros um die städtischen Abläufe zu koordinieren

240 **Für eine feministische Kommune!**

241 Als GRÜNE JUGEND NRW streiten wir für eine Gesellschaft, welche allen Menschen
242 unabhängig ihres Geschlechts politische und soziale Teilhabe ermöglicht.

243 Unser Kampf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft macht dabei natürlich
244 auch nicht vor den Kommunen halt.

245 Denn nicht nur im deutschen Bundestag ist der Frauen*anteil so gering wie lange
246 nicht mehr sondern auch in den lokalen Parlamenten und in den wichtigen Stellen
247 der Verwaltung sind Frauen* unterrepräsentiert. Dabei wohnen im Land und in der
248 Stadt mindestens zur Hälfte Frauen*!

249 Zu einer feministischen Kommune gehören natürlich nicht nur Quotierungen von
250 Spitzenposten und der Räte.

251 Vielmehr müssen auch der Haushalt und die städtischen Investitionen einer
252 Geschlechtergerechtigkeit zugute kommen, etwa durch konsequentes Gender
253 Budgeting.

254 Auch an anderer Stelle müssen die Städte Sexismus im öffentlichen Raum
255 bekämpfen.

256 Viele Supportstrukturen für Frauen*, etwa Frauen*häuser, sind in kommunaler Hand
257 oder werden von den Kommunen finanziell unterstützt. Gerade hier muss noch viel
258 getan werden. So gibt es zu wenige Frauen*häuser, die oftmals unterfinanziert
259 sind und zu wenige Plätze bieten.

260 Auch andere, oftmals autonome Safe Spaces und andere Supportstrukturen für
261 Frauen*, brauchen eine bessere finanzielle und räumliche Unterstützung durch die
262 Kommunen.

263 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 264 • Einen Gleichstellungsausschuss in jeder Stadt und jedem Kreis
- 265 • Eine geschlechtergerechte Besetzung von Gremien und Verwaltungsstellen
- 266 • Ein kommunales Parité-Gesetz für Parteilisten mit Sanktionsmöglichkeiten
- 267 • Eine konsequente Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung
268 von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
- 269 • Gender Budgeting in jeder Kommune
- 270 • Das Verbot sexistischer Werbung sowie von Werbung, in der Personen
271 Objektiviert werden, auf städtischen Werbeflächen
- 272 • Einen Ausbau von Plätzen in Frauen*häusern, zudem eine bessere
273 Finanzierung dieser. Ebenso fordern wir ein flächendeckendes
274 Schutzraumangebot für Inter- und Transpersonen. Zudem begrüßen wir den
275 Ausbau von Unterbringungskapazitäten für die Kinder, der Schutzsuchenden,
276 auch für minderjährige jugendliche Söhne in Rücksprache mit den
277 Betroffenen.
- 278 • Eine bessere Unterstützung für freie und autonome Supportstrukturen für
279 Frauen*
- 280 • Kosten für Verhütungsmittel für arme Frauen* müssen von allen Kommunen
281 übernommen werden, bis es ein Bundes- oder Landesgesetz gibt, dass die
282 Kosten für Verhütung von den Krankenkassen unabhängig vom Alter der
283 betroffenen Person übernommen werden.

284 **Für sicheren Drogenkonsum statt Pathologisierung**

285 Der §3 des Betäubungsmittelgesetzes bietet die Möglichkeit Forschungsprojekte
286 ins Leben zu rufen und kontrollierte Abgabestellen für Cannabis und andere
287 Drogen unter medizinischen sozialen und gesundheitlichen Aspekten zu erforschen.
288 Uns ist bewusst, dass dies noch lange keine Legalisierung von Drogen darstellt
289 und werden weiter dafür kämpfen, jedoch sehen wir in diesen Modellprojekten die
290 Chance einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen und die gesellschaftliche
291 Akzeptanz für Abgabestellen zu fördern.

292 Wir fordern Prävention statt Scherben aufsammeln. Mit Schutzräumen für
293 Drogenkonsum mit Tauschmöglichkeiten von Spritzen wird präventiv gegen die
294 Verbreitung von Krankheiten durch benutzte Spritzen vorgegangen und eine
295 medizinische Versorgung von Suchtkranken unterstützt. Einige Städte haben diese

296 Schutzräume schon und berichten Gutes.

297 Es braucht auch vermehrt Drug-Checking-Angebote, an denen Konsument*innen ihre
298 Drogen auf mögliche Verunreinigungen und gesundheitliche Risiken testen können.

299 Wir wollen ein Ende der Repression gegen Drogenkonsument*innen und fordern
300 stattdessen umfangreiche Prävention, Aufklärungsarbeit und Sozialhilfe.

301 Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

302 • Schutzräume für Drogenkonsum mit kostenlosen Tauschmöglichkeiten für
303 Spritzen

304 • kontrollierte Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen
305 und sozialen Aspekten nach Wuppertaler Vorbild des Forschungsprojektes
306 "Resolution"

307 • Drug-Checking in jeder Kommune

308 **Die Häuser denen, die drin wohnen!**

309 Das Leben in der Stadt ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Die Mieten,
310 gerade in den Großstädten, steigen rasant an. Das führt einerseits dazu, dass
311 ein erheblicher Teil des Einkommens für die Miete aufgewendet werden muss,
312 andererseits zu einer großen Verdrängungsbewegung von Menschen mit geringerem
313 Einkommen aus der Innenstadt und Innenstadt-nahen Stadtteilen an die Ränder und
314 in das Umland.

315 Anstatt mehr Sozialwohnungen und anderen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird
316 in vielen Städten luxussaniert und es werden Luxuswohnungen gebaut, die die
317 Situation nur noch verschärfen.

318 Für uns ist klar: Wohnraum muss für alle da sein und nicht nur für die reichsten
319 Teile der Bevölkerung!

320 Die Frage von bezahlbarem Wohnraum ist eine der brennendsten sozialen Fragen
321 unserer Zeit. Wir müssen die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft
322 sicherstellen.

323 Gerade deshalb kann es nicht sein, dass große Wohnungsbauunternehmen Wohnungen
324 nur als Mittel der Profitmaximierung oder als Spekulationsobjekte sehen.

325 Gerade weil auch immer mehr Menschen in die Städte ziehen, dürfen Wohnhäuser

326 nicht jahrelang leer stehen.

327 Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen sind aus verschiedensten Gründen von
328 Obdachlosigkeit betroffen. Gerade in einer so reichen Gesellschaft ist das
329 skandalös.

330 Anstatt Menschen in Obdachlosigkeit zu unterstützen, kriminalisieren und
331 dranglasieren sie einige Kommunen sogar noch. Wenn Hilfe kommt, dann an vielen
332 Stellen nur von freien sozialen Träger*innen, oft jedoch nicht von städtischen
333 Stellen. Die Notunterkünfte sind oftmals überlastet und unterfinanziert.

334 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 335 • Einen wirksamen Mietendeckel
- 336 • Langfristige Sozialbindung für Neubauten und nachträglich für bestehenden
337 Wohnraum
- 338 • Eine flächendeckende Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten
- 339 • Den Wohnungsbau in die öffentliche Hand statt an große Investor*innen,
340 v.a. durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften
- 341 • Den Vorzug und vermehrte Planung von Nachverdichtungsmaßnahmen anstelle
342 von neuer Wohnraumausweisung an den Stadträndern, um flächensparsam neuen
343 Wohnraum zu schaffen
- 344 • Solidarität mit Hausbesetzer*innen, die auf die prekäre Lage aufmerksam
345 machen
- 346 • Kurzfristig mehr kostenlose Notunterkünfte, auch in kommunaler
347 Trägerschaft
- 348 • Mehr finanzielle und personelle Unterstützung für freie soziale
349 Träger*innen
- 350 • Ein sofortiges Ende der Drangsalierung von obdachlosen Menschen
- 351 • Langfristig flächendeckende "Housing First" Programme

352 **Für eine offene und lebendige Gesellschaft**

353 Zu einem lebenswerten Ort gehört auch eine stabile Gesellschaft.

354 Gerade in Zeiten des Rechtsrucks und zunehmenden autoritären Tendenzen ist es
355 umso wichtiger, auch vor Ort für eine offene und bunte Gesellschaft zu
356 kämpfen. Kommunen können sich aktiv an der Rettung von Menschen in Seenot
357 beteiligen, indem sie sich für die Aufnahme von seenotgeretteten Menschen vor
358 Ort einsetzen. In vielen Kommunen wird auf diesem Weg bereits ihre Solidarität
359 und Verantwortung gezeigt. So sind bereits 27 Kommunen in NRW sogenannte
360 "Sichere Häfen". Auch wenn die jeweiligen Erklärungen unterschiedlich weit
361 gehen, zeigen die Ratsbeschlüsse dennoch alle, dass sich Städte, Gemeinden und
362 Landkreise gegen das Sterben im Mittelmeer und die Kriminalisierung von
363 Seenotretter*innen engagieren. Das ist aber noch lange nicht genug. Gemeinsam
364 müssen wir entschlossener für Menschenrechte eintreten, denn jede Kommune kann
365 etwas bewegen. Und es macht einen gewaltigen Unterschied, ob sich lediglich
366 einzelne Kommunen solidarisieren oder NRW zum "Sicheren Hafen" wird.

367 Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, die Zivilgesellschaft braucht Geld.
368 Demos zu organisieren, Bildungsveranstaltungen zu veranstalten oder ökologisch-
369 progressive Initiativen durchzuführen ist kostspielig und doch so wichtig für
370 eine lebendige und partizipative Gesellschaft und auch Faschist*innen bekämpfen
371 sich nicht von allein.

372 Hierfür braucht es auch finanzielle Hilfe von vor Ort.

373 Gerade in ländlichen Räumen fehlt es zudem an Safe-Spaces und Supportstrukturen
374 für (junge) queere* Personen.

375 Oftmals scheitert es jedoch gar nicht nur am Geld. Gerade freie Kulturangebote,
376 alternative Jugendzentren, AZs und anderen unkommerziellen Träger*innen fehlt es
377 an Räumen. Entweder, weil die Städte die Nutzung von Räumen gerade für linke
378 Gruppen verweigern oder weil sie rausgeworfen werden.

379 Dabei sind unkommerzielle Räume wichtig für eine stabile Gesellschaft und
380 Anlaufstelle für links-alternative Gruppen, v.a. für Gruppen von FIT* und POC.

381 Auch müssen wir die freie Kulturszene stärken. Gerade kleine, alternative
382 Kulturprojekte leiden unter der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Oftmals
383 können sie sich keine teure Mieten für Räume und Veranstaltungssäle leisten oder
384 werden durch größere Anbieter*innen verdrängt. Freie Träger*innen sind zudem oft
385 stärker von Kürzungen im Budget betroffen als städtische Institutionen.

386 Ebenso wichtig wie die Förderung der freien und alternativen Kulturszene ist
387 eine kulturelle Grundversorgung.

388 Dazu gehört, dass in Stadtteilen und Dörfern die Kultur nicht abwandert. Gerade
389 Angebote wie Stadtteilbibliotheken, Bücherbusse, aber auch Theater oder (kleine)
390 Kinos.

391 Kulturelle Angebote, gerade die städtischen, müssen dabei für alle Menschen
392 zugänglich sein.

393 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 394 • Solidarität aller Kommunen mit seenotgeretteten Menschen durch die
395 Umsetzung "Sichere Häfen"

- 396 • Kommunale Fördermitteltöpfe für zivilgesellschaftliches Handeln, v.a. für
397 antifaschistische und antirassistische Initiativen und sozio-ökologischen
398 Projekte

- 399 • Flächendeckende Supportstrukturen für LGBTIQ*

- 400 • AZ bleibt! Egal ob in Köln, Wuppertal oder sonst wo müssen autonome
401 Zentren erhalten bleiben.

- 402 • Mehr mietfreie oder günstige kommunale Räume für alternative und
403 unkommerzielle Gruppen

- 404 • Mehr Fördermittel für kleine, alternative Kunstprojekte und
405 Kulturschaffende

- 406 • Die Ausweisung bestimmter städtischer Bauwerke als Graffiti-Wände und ein
407 Ende der Kriminalisierung von (jungen) Graffiti-Künstler*innen

408 **Kollidierender Änderungsantrag:**

- 409 • Eine kulturelle Grundversorgung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land

- 410 • Den Zugang zu Kultur und Bildung für alle Menschen

411 **Die Verkehrswende beginnt vor Ort!**

412 Die Verkehrswende ist eine der größten transformativen Herausforderungen für das
413 nächste Jahrzehnt. Sie ist unbedingte Voraussetzung für die Begrenzung der
414 mittleren Erderwärmung auf 1,5°C. Egal ob Metropole oder ländlicher Raum - den
415 Kommunen kommt eine Schlüsselrolle für eine gelingende Verkehrswende zu. In den

416 nächsten fünf Jahren müssen die Weichen für eine Abkehr vom Automobil, mehr
417 Radverkehr und einen besseren öffentlichen Nahverkehr gestellt werden.

418 In den Innenstädten ist die Luft zu schlecht zum Atmen und die Asphaltwüsten
419 sorgen für unerträgliche Hitzeinseln in Sommer. Auf dem Land fährt der letzte
420 Bus viel zu oft schon um 16 Uhr, wenn überhaupt einer fährt. Dabei vertieft
421 unser jetztiges Mobilitätssystem soziale Ungerechtigkeit. An den besonders
422 belasteten Hauptstraßen sind Mieten oftmals niedriger, weshalb dort eher
423 Menschen wohnen, die wenig Geld zur Verfügung haben. So werden insbesondere arme
424 Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt. Unter einem schlechten ÖPNV-Angebot
425 leiden ebenfalls insbesondere arme Menschen, Kinder und Senior*innen. Diese
426 soziale Ungerechtigkeit ist für uns nicht länger hinnehmbar!

427 Die Metropolen und Großstädte in Nordrhein-Westfalen sind die
428 Kristallisationspunkte jahrzehntelanger automobil-fixierter Mobilitätspolitik
429 und Planung. Die Folgen für die menschliche Gesundheit, Welt- und Mikroklima
430 sowie die Lebensqualität sind dort fatal.

431 Aber auch die Menschen, die im ländlichen Raum zu Hause sind, leiden unter der
432 Angewiesenheit auf ein Auto und dem ausgedünnten bis nicht vorhandenen ÖPNV.

433 Die Verkehrswende gelingt nur, wenn Stadt und Land sie gemeinsam angehen. Wir
434 machen Schluss mit einer Mobilitätsdebatte, die die unterschiedlichen
435 Mobilitätsbedürfnisse gegeneinander ausspielt!

436 Ein wichtiger Baustein für eine gelingende Verkehrswende ist eine
437 flächendeckende sichere Fahrradinfrastruktur. Es braucht breite Radwege, welche
438 Radfahrer*innen wirksam vor schnellerem sowie ruhendem motorisierten
439 Individualverkehr schützen. Grüne Wellen sollten auf das Fahrrad abgestimmt
440 werden. Auch in ländlicheren Regionen kann das Fahrrad eine Alternative zur
441 Fahrt mit dem Auto darstellen, wenn es ein Radwegenetz mit sicheren, gut
442 einsehbaren Kreuzungspunkten gibt. In der kommunalen Planung muss dem Radverkehr
443 künftig Priorität eingeräumt werden, insbesondere dort, wo Verbesserungen für
444 das Fahrrad nur auf Kosten des Autoverkehrs umgesetzt werden können.

445 Auch der öffentliche Nahverkehr muss fit gemacht werden für eine weitgehend
446 postautomobile Zukunft.

447 Im ländlichen Raum sowie in suburbanen Regionen Nordrhein-Westfalens kann die
448 Digitalisierung einen besonderen Beitrag dazu leisten, einen enormen
449 Angebotsmehrwert mit smarten Rufbus-Systemen im ÖPNV zu realisieren. Ohne feste
450 Linienwege können unkompliziert Fahrten zwischen einer Vielzahl an virtuellen
451 Haltestellen bestellt und ohne einen festen Fahrplan abgewickelt werden.

452 In den Ballungsräumen sind vielerorts Busse, Straßen- und Stadtbahnen bereits an
453 der Auslastungsgrenze. Es braucht den Neu- und Ausbau von Straßenbahn- und
454 Stadtbahnnetzen sowie die zusätzliche Buslinien und dichtere Takte.

455 Wichtig ist auch, die kommunalen ÖPNV-Netze optimal miteinander über Stadt- und
456 Gemeindegrenzen hinweg zu verzahnen. Auch sprechen wir uns für Fusionen von
457 kommunalen Verkehrsbetrieben aus, um Synergieeffekte bei Betrieb, Planung,
458 Instandhaltung und Beschaffung zu erzielen.

459 Damit die Verkehrswende auch zu Mobilitätsgerechtigkeit führt, braucht es aus
460 unserer Sicht mittelfristig einen umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr als
461 Projekt der Daseinsvorsorge.

462 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 463 • Flächendeckende sichere Radwege und Abstellmöglichkeiten
- 464 • Grüne Welle fürs Fahrrad
- 465 • Eine massive Kapazitätsausweitung im ÖPNV
- 466 • Eine attraktives, flächendeckendes ÖPNV-Angebot rund um die Uhr in Stadt
467 und Land
- 468 • Mittelfristig einen umlagefinanzierten ticketlosen öffentlichen
469 Nahverkehr. Bis dahin müssen einheitliche Ticketpreise bestehen, die sich
470 nicht an kommunale Gebietsgrenzen, Verkehrsverbundgrenzen oder
471 Ländergrenzen orientieren.
- 472 • Eine fortlaufende Reduktion der Autoparkplätze im öffentlichen Raum

473 **Freiraum für alle!**

474 Kommunen verwalten einen Großteil des öffentlichen Raums. Das muss so bleiben.
475 Jedoch darf das nicht heißen, dass Kommunen diesen Raum ausschließlich
476 zubetonieren und zubauen. Eine vielfältige Gesellschaft braucht Platz, den alle
477 gesellschaftlichen Gruppen nutzen und mitgestalten können.

478 Bei der Nutzung dieses Raumes kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen
479 unterschiedlichen Interessensgruppen. Oft reagieren die Verwaltungen auf solche
480 Konflikte mit einseitigen Verboten (wie zum Beispiel Alkohol- und Skateverbote),
481 die das Problem nicht lösen, sondern verlagern. Wir wollen stattdessen eine
482 Kultur der gegenseitigen Rücksichtnahme einführen. Dazu muss es einen Dialog

483 zwischen der Verwaltung und den verschiedenen Interessensgruppen aus der
484 Gesellschaft geben. Wir sind überzeugt: Wenn Menschen gemeinsam konstruktiv nach
485 Lösungen suchen, werden Probleme besser gelöst als durch einseitige Verbote!

486 In vielen Städten gibt es große Probleme, Räumlichkeiten für Treffen zu finden.
487 Egal ob Gründer*innen diverser Gruppen, politisch Aktive, oder sozial Engagierte
488 – sie alle brauchen Räume, in denen sie sich treffen, mit anderen vernetzen und
489 diskutieren können. Wir fordern die Kommunen daher auf, für ein ausreichendes
490 und kostenloses Angebot an Räumen und Treffpunkten gerade für junge Menschen zu
491 sorgen. Ein weiteres Mittel, um kostengünstige Räume bereit zu stellen, bieten
492 kommunale Zwischennutzungskonzepte. Unabhängig von ihrer Nutzung ist es wichtig,
493 dass diese Räume barrierefrei und familienfreundlich sind. Dazu zählen Rampen,
494 Leitsysteme zu den Räumen und Wickelplätze nicht nur für Frauen*.

495 Als GRÜNE JUGEND NRW sprechen wir uns entschieden gegen die schleichende
496 Privatisierung des öffentlichen Raumes aus. Diese Entwicklung wird insbesondere
497 durch den Bau von Einkaufszentren vorangetrieben. Öffentlicher Raum muss für
498 alle Menschen zugänglich bleiben und frei von Konsumzwang sein.

499 Gerade in Großstädten ist der öffentliche Raum jedoch knapp. Deswegen möchten
500 wir unsere Innenstädte von der automobilen Belagerung befreien und setzen uns
501 des weiteren für autofreie Quartiere ein. So steigt Luft- und Lebensqualität für
502 alle.

503 Öffentliche Plätze und Verweilmöglichkeiten tragen entschieden dazu bei, dass
504 eine Verinselung vermieden wird und bieten Raum zur Begegnung. Besonders die
505 ländlichen Regionen benötigen mehr Raum, um sich zu vernetzen und Raum, um
506 miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei reicht es allerdings nicht aus, diese
507 Plätze ausschließlich mit zwei Bänken auszustatten. Öffentliche Plätze brauchen
508 Mobiliar, welches zum Verweilen einlädt, unterschiedliche Personengruppen
509 anspricht und den Wetterverhältnissen angepasst ist. So kann es nicht sein, dass
510 Begegnungsplätze gegen Spielplätze ausgespielt werden, sondern müssen zusammen
511 gedacht werden.

512 Letztlich geht es bei der Raumfrage auch darum, wie die Aufenthaltsqualität
513 einer Kommune ist. Nicht selten scheitert die Aufenthaltsqualität an
514 verschmutzten Böden und hinterlassenem Müll. Kommunen sind in der Verantwortung
515 sicherzustellen, dass Stadtraum eben Lebensraum ist und hat Sorge dafür zu
516 tragen, dass beispielsweise leere Alkoholflaschen für Kinder nicht zugänglich
517 herumstehen und Essensreste und Co. von Tieren nicht konsumiert werden können.

518 Eine Kommune kann aber durchaus so gestaltet sein, dass Teile essbar sind. So
519 ist denkbar, dass Kommunen Obstbäume auf öffentlichen Plätzen pflanzen oder
520 an/auf öffentlichen Gebäuden Gemüse anbauen. Konzepte wie die Essbare Stadt
521 begrüßen wir daher.

522 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 523 • Dialogische Lösung von Nutzungskonflikten ohne einseitige Verbote und
524 Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen

- 525 • ein ausreichendes und kostenloses Angebot an Räumen, Treffpunkten,
526 Spielplätzen und Verweilmöglichkeiten, welche familienfreundlich und
527 barrierefrei sind

- 528 • Förderung von Zwischennutzungskonzepten

- 529 • Legalisierung und Förderung von Urban-Gardening im Sinne des Konzeptes der
530 Essbaren Stadt

- 531 • Autofreie Innenstädte und Quartiere

- 532 • Keine zusätzliche Privatisierung des öffentlichen Raumes

- 533 • Die Schaffung von Raum und Akzeptanz für Subkultur und Kunst (z.B.
534 Spraykunst)

- 535 • adäquate Müllsysteme für Stadt und Land bspw. mit Pfandringen für Flaschen

- 536 • Angemessene Saktionen für das rücksichtlose Wegwerfen von Müll (bspw.
537 Tüten, Kaugummis oder Zigarettensstummeln) und Durchsetzung durch die
538 entsprechenden Ordnungsämter

539 **Grün statt grau- Wir machen die Kommunen zu Vorreiterinnen der ökologischen**
540 **Wende**

541 Die Asphaltwüsten in unseren Städten begünstigen die Bildung von Hitze-Spots. In
542 Zeiten der Klimakrise ist es das Gebot der Stunde, diese Hot-Spots so weit wie
543 möglich zu reduzieren. Insbesondere Senior*innen und Kinder leiden besonders
544 stark unter Hitzeperioden. Deswegen müssen erhebliche Teile des Straßenraumes
545 entsiegelt und begrünt werden. Neben Parkanlagen ist auch die Begrünung von
546 Dächern und Fassaden eine wirksame Maßnahme gegen Überhitzung.
547 Frischluftschneisen sind unbedingt planerisch zu sichern.

548 Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für das Konzept der Schwammstadt ein.
549 Es ist Voraussetzung dafür, Bäume in Städten fit zu machen für Dürreperioden
550 indem es Wasser dort speichert, wo es bei langanhaltender Trockenheit benötigt
551 wird.

552 Bei der ökologischen Wende unserer Gesellschaft können und müssen die Kommunen
553 Vorreiterinnen sein. Die Stromversorgung in Rathäusern, Verwaltungsbauten und
554 allen anderen öffentlichen Gebäuden muss ökologisch verträglich sein. Dafür muss
555 dort 100% Ökostrom fließen und die Gebäude müssen zum Standard von
556 Niedrigenergiehäusern umgebaut werden. Weiterhin fordern wir die kommunalen
557 Verwaltungen auf, sich zu ökologisieren.

558 Durch eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und ein Hinarbeiten auf
559 Umstellung in eine emissionsfreie Dienstwagenflotte sowie die Anschaffung von
560 Dienstfahrrädern können erhebliche Umweltbelastungen verringert werden.

561 Eine gelingende Energiewende ist in Bürger*innenhand! Falls möglich, sollen die
562 Kommunen die Stromnetze und Stadtwerke rekommunalisieren. Stadtwerke können
563 Motoren der Energiewende sein. Hier müssen Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten
564 ausschöpfen. Auf öffentlichen Gebäuden ist zudem ein enormes Potenzial an
565 Photovoltaikanlagen, das die Kommunen nutzen sollen! Damit verbunden wären eine
566 Stabilisierung der Stromkosten und eine größere Unabhängigkeit von
567 zentralistischen Großunternehmen, die nur ihren eigenen Profit im Fokus haben.

568 Wälder spielen für unsere Erde und auch für die Lebensqualität der Menschen in
569 jeder Kommune eine große Rolle. Daher fordern wir eine naturnahe
570 Forstwirtschaft. Außerdem sollen ungenutzte Flächen sinnvoll umgestaltet oder
571 sich selbst überlassen werden, um viele unterschiedliche Lebensräume für Tier-
572 und Pflanzenarten zu ermöglichen.

573
574 Die Klimakrise ist längst Realität und wir alle bekommen sie zu spüren: Ob
575 durch geringere Ernte aufgrund von Dürre oder die Austrocknung des Teichs um die
576 Ecke. Die Folgen sind fatal und werden definitiv nicht geringer werden, außer wir
577 fangen jetzt an zu handeln. Klimapolitik findet nicht nur in den Bundes oder
578 Landesparlamenten statt sondern auch in den Kommunalparlamenten. Klima relevante
579 Entscheidungen werden hier in allen Sektoren getroffen: Ob bei der Planung von
580 Gebäuden oder dem ÖPNV- Angebot. Eine Rückssichtnahme und Orientierung an den
581 Klimazielen von Paris ist zwingend, um die Städte so klimafreundlich wie möglich
582 zu gestalten.

583 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 584 • Die Entsiegelung von öffentlichem Raum, wo dies die Nutzung des Raums
585 nicht beeinträchtigt

- 586 • Die Schaffung neuer Parkanlagen

- 587 • Sicherung von Frischluftschneisen

- 588 • Vorschreiben von Photovoltaikanlagen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen,
589 wo immer es möglich ist.

- 590 • Ein Verbot von Steingärten mit Ausnahme solcher, die einen ökologischen
591 Nutzen haben.

- 592 • Umsetzung des Konzeptes der Schwammstadt

- 593 • Ökologisierung der Verwaltungen

- 594 • Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotten hin zu Diensträdern sowie
595 emissionsfreien Fahrzeugen

- 596 • Die Stadtwerke und lokalen Stromnetze in kommunaler Hand

- 597 • Energetische Sanierungen der kommunalen Gebäude

- 598 • Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden

- 599 • Ökologische Bewirtschaftung von kommunalem Wald

- 600 • Ausrufung des Klimanotstands mit Rücksichtnahme auf die Klimazielen von
601 Paris in jedem Kommunalparlament